



Bitte beachten Sie die Änderungen am Ende der Satzung ...

Satzung für die Volkshochschule Werl, Wickede (Ruhr), Ense vom 19. September 1978

Der Rat der Stadt Werl hat in der Sitzung vom 19. September 1978 aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 1 Buchstabe g der Gemeindeordnung (GO) für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.12.1974 (GV. NW. 1975 S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1978 (GV. NW. S. 268), aufgrund § 25 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26.04.1961 (GV. NW. S. 190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.07.1969 (GV. NW. S. 514) sowie aufgrund §§ 4 und 17 des 1. Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz – 1. WbG) vom 31.07.1974 (SGV. NW. 223) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der am 22.05.1975 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Werl und der Gemeinden Wickede (Ruhr) und Ense über die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Weiterbildung folgende Satzung für die Volkshochschule Werl-Wickede (Ruhr)-Ense beschlossen.

§ 1

Name und Sitz

Aufgrund der am 22.05.1975 abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Werl und der Gemeinden Wickede (Ruhr) und Ense über die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Weiterbildung ist eine Volkshochschule mit dem Namen „Volkshochschule Werl-Wickede (Ruhr)-Ense“ errichtet worden. Träger der Volkshochschule (VHS) ist die Stadt Werl.

Die Volkshochschule hat ihren Sitz in Werl und arbeitet in Werl, Wickede (Ruhr) und Ense.

§ 2

Aufgaben der Volkshochschule

- (1) Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß §§ 1 Abs. 2, 2 Abs. 2, 11 1. WbG NW und in diesem Rahmen eine Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.
- (2) Die Volkshochschule dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen. Sie arbeitet parteipolitisch und weltanschaulich neutral. Den Volkshochschul-Dozenten wird die Freiheit der Lehre gewährleistet; sie entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.
- (3) Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer gerichtet. Zu diesem Zweck kann die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen (Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u. a. m.) gemäß §§ 3, 4 Abs. 1 13 1. WbG anbieten.

§ 3

Rechtscharakter und Gliederung

- (1) Die Volkshochschule ist als nichtrechtsfähige Anstalt des Trägers eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 18 GO. Die von ihr angebotenen Lehrveranstaltungen sind für jedermann zugänglich; bei abschlussbezogenen Lehrveranstaltungen kann die Teilnahme von bestimmten Vorkenntnissen abhängig gemacht werden.
- (2) Die Volkshochschule ist in Fachbereiche gegliedert (§ 18 1. WbG). Mehrere Fachbereiche können zu Abteilungen zusammengefasst werden.

§ 4

Zuständigkeiten des Rates

Unbeschadet der nach § 28 GO getroffenen Zuständigkeitsregelung entscheidet der Rat der Stadt Werl über alle Angelegenheiten der Volkshochschule, soweit sie nicht nach dieser Satzung dem interkommunalen VHS-Ausschuss, dem Stadtdirektor oder dem VHS-Leiter übertragen sind.

§ 5

Interkommunaler Volkshochschulausschuss

Der gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Werl und den Gemeinden Wickede (Ruhr) und Ense vom 22.05.1975 zuständige interkommunale VHS-Ausschuss

- a) bereitet die erforderlichen Entscheidungen des Rates, insbesondere bei der Festsetzung des Haushaltsplanes und des Investitionsprogrammes, beim Erlass des Stellenplanes, bei der Zustimmung des Rates zu wesentlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben – jeweils soweit die Volkshochschule betroffen ist – sowie bei der Aufstellung und Fortschreibung des Weiterbildungsentwicklungsplanes durch Vorschläge und Stellungnahmen vor.
- b) beschließt den vom VHS-Leiter vorzulegenden Entwurf des Arbeitsplanes,
- c) beschließt über Teilnehmerentgelte und Dozentenonorare,
- d) hat ein Vorschlagsrecht bei der Wahl des Leiters und der übrigen hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter der VHS – danach hat der Rat der Stadt Werl aus drei vom Ausschuss vorgeschlagenen Bewerbern einen zu wählen -,
- e) hat ein Zustimmungsrecht hinsichtlich der Besoldung/Eingruppierung der hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter.

§ 6

Stadtdirektor

Stadtdirektor ist

- a) Dienstvorgesetzter des VHS-Leiters, der hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter, der Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und der sonstigen Mitarbeiter der Volkshochschule.
- b) Vorgesetzter des VHS-Leiters, soweit er nicht in dieser Eigenschaft von dem zuständigen Beigeordneten vertreten wird.

§ 7

Bedienstete des Trägers

VHS-Leiter, hauptamtliche/hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter, Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeiter der Volkshochschule sind Bedienstete des Trägers.

§ 8

VHS-Leiter

- (1) Die Volkshochschule wird durch einen hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter geleitet. Er ist verantwortlich für die Arbeit der Volkshochschule. Er trägt die Bezeichnung Volkshochschul-Direktor.
- (2) Der VHS-Leiter hat vorzubereiten und durchzuführen:
 - a) langfristige Planung des Weiterbildungsangebotes,
 - b) Aufstellung des Arbeitsplanes nach Maßgabe des § 2 dieser Satzung,
 - c) Unterrichtung des interkommunalen VHS-Ausschusses über alle wichtigen Ereignisse, besonders über das Ergebnis jedes Semesters,
 - d) Verpflichtung der nebenamtlichen/nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiter,
 - e) Öffentlichkeitsarbeit und Werbung
 - f) Vorbereitung des Haushaltsvoranschlages (Unterabschnitt Volkshochschule)
 - g) Verfügung über die im Haushaltsplan für den Betrieb der Volkshochschule bereitgestellten Mittel nach Maßgabe der allgemeinen Regelungen,
 - h) Verwaltung der Räume, Ausstattung und Einrichtung der Volkshochschule – soweit nicht andere Verwaltungsstellen zuständig sind –
 - i) Ausübung des Hausrechts in Vertretung des örtlich zuständigen Stadt- und Gemeindedirektors
- (2) Der VHS-Leiter ist Vorgesetzter der hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen

Mitarbeiter der Volkshochschule sowie der Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und der sonstigen Mitarbeiter. Zur Planung und Durchführung der Volkshochschularbeit führt er regelmäßig Besprechungen mit den hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeitern sowie den Mitarbeitern für den Verwaltungsdienst durch.

- (4) Der VHS-Leiter nimmt an den Sitzungen des interkommunalen VHS-Ausschusses teil.

§ 9

Hauptamtliche – hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter

- (1) Nach Maßgabe des Stellenplanes werden hauptamtliche/hauptberufliche Mitarbeiter eingestellt.
- (2) Die einzelnen Mitarbeiter sind verantwortlich für die Arbeit in den ihnen übertragenen Bereichen. Sie wirken an der Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen mit durch:
 - a) Aufstellung des Arbeitsplanentwurfs für ihre Fachbereiche,
 - b) eigene Lehrveranstaltungen,
 - c) regelmäßige gemeinsame Beratungen mit dem VHS-Leiter.
- (3) Hauptamtliche/hauptberufliche Mitarbeiter haben das Recht, in den Sitzungen des Fachausschusses ihre von der Auffassung des VHS-Leiters abweichende Meinung in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches vorzutragen.

§ 10

Nebenamtliche/nebenberufliche pädagogische Mitarbeiter

- (1) Die Durchführung von Lehrveranstaltungen kann entsprechend vorgebildeten pädagogischen Mitarbeitern übertragen werden, die nebenamtlich oder nebenberuflich tätig sind.
- (2) Die Aufgaben der Mitarbeiter richten sich nach dem mit ihnen abgeschlossenen Werkvertrag (Dozentenvertrag). Sie können an der Planung von Lehrveranstaltungen mitwirken durch
 - a) Vorschläge für die Arbeitspläne,
 - b) Teilnahme an Besprechungen auf Einladung des VHS-Leiters.
- (3) Die nebenamtlichen/nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiter haben das Recht, je Fachbereich jeweils für ein Jahr einen Sprecher und einen Stellvertreter zu wählen. Der VHS-Leiter hat zu der erforderlichen Wahlversammlung einzuladen. Die Sprecher haben das Recht, zur Vorbereitung des Arbeitsplanes von den Leitern des betreffenden Fachbereichs angehört zu werden.

§ 11

Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeiter

- (1) Die erforderlichen Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst der Volkshochschule und die sonstigen Mitarbeiter werden nach Maßgabe des Stellenplanes eingestellt.
- (2) Sie unterstützen den VHS-Leiter in der Planung und Durchführung der Organisation der VHS-Arbeit oder sonstiger, mit dem Betrieb der VHS unmittelbar zusammenhängender Angelegenheiten.

§ 12

Teilnehmer

- (1) Teilnehmer an Lehrveranstaltungen der Volkshochschule kann jeder werden, der mindestens 15 Jahre alt ist. Es kann besondere Veranstaltungen für jüngere Teilnehmer geben.
- (2) Die Zulassung zu bestimmten Lehrveranstaltungen kann von dem Besuch anderer Veranstaltungen und/oder von der Ablegung von Prüfungen abhängig gemacht werden. Die Zulassung zu bestimmten Veranstaltungen kann auch begrenzt werden, wenn dies wegen der Art der Veranstaltung oder der begrenzten Kapazität der Volkshochschule erforderlich ist.
- (3) Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule werden in der Regel Entgelte erhoben.
- (4) Die Teilnehmer von VHS-Kursen mit mindestens 10 Unterrichtsstunden haben das Recht, je Kurs einen Sprecher zu wählen.

- (5) Die Kurssprecher eines Fachbereichs wählen für die Dauer eines Jahres zwei Sprecher und 2 Stellvertreter. Scheidet ein Sprecher vorzeitig als Teilnehmer an VHS-Kursen des betr. Fachbereichs aus, erlischt sein Mandat.
- (6) Die Sprechern haben das Recht, zur Vorbereitung des Arbeitsplanes von den Leitern der betreffenden Fachbereiche angehört zu werden.

§ 13

Arbeitsplan

- (1) Der Arbeitsplan der Volkshochschule wird für ein Semester und längstens für ein Jahr aufgestellt. Er ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
- (2) Im Arbeitsplan soll nach Möglichkeit auf die in § 16 1. WbG genannten kommunalen Einrichtungen hingewiesen werden.

§ 14

Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Trägers

- (1) Der VHS-Leiter soll mit den Leitern anderer kommunalen Einrichtungen Informationen über bestehende Arbeitsvorhaben frühzeitig austauschen und auf eine gemeinsame Planung hinwirken.
- (2) Nach Möglichkeit soll zu den anderen Weiterbildungseinrichtungen am Ort Kontakt aufgenommen werden.

§ 15

Geltung der gesetzlichen Vorschriften

Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften, die sich u. a. ergeben aus 1. Weiterbildungsgesetz, Gemeindeordnung, Landesbeamtenengesetz, Personalvertretungsgesetz.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1.1.1979 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die vom Rat der Stadt Werl am 17.9.1968 beschlossene Satzung der Volkshochschule der Stadt Werl außer Kraft.

Werl, den 19.9.1978

Dr. A. Rohrer
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung für die Volkshochschule Werl-Wickede (Ruhr) -Ense wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Stadtdirektor hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werl vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Werl, den 12.12.1978

Dr. A. Rohrer
Bürgermeister



Änderung zur Satzung für die Volkshochschule Werl

1. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule Werl - Wickede (Ruhr) - Ense vom 1. Dezember 1981

Aufgrund des § 4 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 2 g) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. S. 594/SGV NW 2023), aufgrund § 25 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (SGV NW 202) sowie aufgrund §§ 4 und 17 des 1. Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz – 1. WbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 1980 (SGV NW 223) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der am 22. Mai 1975 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Werl und der Gemeinden Wickede (Ruhr) und Ense über die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Weiterbildung hat der Rat der Stadt Werl am 24. November 1981 folgende 1. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule Werl - Wickede (Ruhr) - Ense vom 12. Dezember 1978 beschlossen:

§ 1

1. § 5c erhält folgenden Wortlaut:
„schlägt dem Rat der Stadt Werl die von diesem zu beschließenden Teilnehmerentgelte vor“
2. Folgender neuer § 5d wird eingefügt:
„beschließt über Dozenten honorare“
3. Die bisherigen Bestimmungen des § 5d, e werden zu § 5e bzw. f.

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Stadtdirektor hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werl vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Werl, den 1. Dezember 1981

Heinz Sasse
Bürgermeister